

Ergebnisse
Mittelschul- u. s. w. vom 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Dresdner Nachrichten

Von Wagen-, Billard-, Uniform-, Livrée-, Besatz- und Mützen-Tuchen in allen nur erdenklichen Farben hält grösstes Lager Wilh. Böhme, Carl Lamprecht Scheffelstr. 6.



Apparate
für Amblyopie
Carl Plaul
25 Wallstrasse 25
Verkaufsort:
Joh. Parterre.

Weinhandlung W. F. Seeger
Dresden
empfehlen bester in- und ausländ. Weine, Champagner
eigenes Fabrikat, Spirituosen und englische Biere.

„Invalidendank“
Dresden, Seestraße 5, L.
Fernerprechstelle 1117.

Weihnachts-Neuheiten
Photogr.-Albums, Damentaschen, Portefeuillewaaren
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.

42. Jahrgang. Sonntag, 5. Dezember 1897.
Nr. 337. Spiegel: Deutschland und China. Sochnachrichten, Ständebausneubau, Wehrreform, Sauschleifer-Ruthenmäßige Witterung: Kälter, Schnee.

Politisches.

Die chinesische Angelegenheit erscheint zur Zeit nichts weniger als gelöst. Neuerdings ist gemeldet worden, daß ein größeres Truppenaufgebot mit entsprechender Artillerie einmarschirt werden soll, um die deutsche Stellung in der Kiao-Tschau-Bucht mit der nöthigen Rückendeckung zu versehen. Im Einzelnen wird angegeben, daß 4 Kompagnien des Seebataillons Befehl bekommen hätten, sich marschbereit zu halten. Die beurlaubten Dreihundertgänger würden eingezogen. Jedes der beiden Seebataillone stelle 2 Kompagnien. Die Beförderung sollte mittels Dampfer erfolgen. Auch diese Nachrichten erlöset aber das deutsche Volk auf dem Umwege über die Redaktion eines freisinnigen Berliner Blattes, das die fragliche Mitteilung aus Wilhelmshaven erhalten haben will. Ihr gegenüber steht die unmittelbare vorher gesehene offizielle Versicherung, daß alle Gerüchte über die Mobilisirung umfangreicher Streitkräfte aus Anlaß des chinesischen Zwischenfalls gänzlich unbegründet seien. Trau, schau, wem! Auf jeden Fall muß es im Volke als eine Misachtung und Zurücksetzung der berechtigten Interessen der nationalen öffentlichen Meinung empfunden werden, daß bisher von amtlicher Stelle aus auch nicht die geringste Andeutung ergangen ist, wie Deutschland seine Haltung in der Frage einzurichten gedenkt. Daß es sich dabei nicht um die Enthaltung von Einzelheiten handeln kann, die dem Bereiche der diplomatischen Anstandsregeln angehören, braucht nicht erst ausdrücklich gesagt zu werden, weil es augensichtlich ist. Dagegen konnte die Öffentlichkeit mit Recht irgend eine klare Rundgebung darüber verlangen, wie die Regierung ihre Haltung grundsätzlich einzurichten gedenkt, ob sie blos Bewusstseins- und Schandenerbeis erzwingen oder gleichzeitig eine unabweisliche Sicherheit gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse in der Hand behalten will. Der in der Thronrede auf die Angelegenheit bezügliche Passus ist der einen wie der anderen Anlegung laßig. Selbst wenn über den zweiten Punkt eine Entscheidung noch nicht getroffen wäre, so hätte es doch allgemeine Bewusstseins- und Befriedigung erweckt, falls man sich offiziellerseits wenigstens zu der Erklärung aufgeschlossen hätte, daß freundschaftliche Auseinandersetzungen mit Rußland im Ganzen kein und daß vor ihrem Abgange eine Verständigung über die einschlägigen Einseitigkeiten der deutschen Regierung nicht gegeben werden könne.

legt überhaupt keine Streitfrage vor. Der Fall ist nach jeder Richtung hin klar und bedarf keiner schiedsgerichtlichen Untersuchung und Entscheidung. Es giebt nur zwei Möglichkeiten: entweder China erfüllt die deutschen Forderungen gütlich oder es muß sich ihre gewaltthätige Durchsetzung gefallen lassen. Keine Nation der Welt hat in dieser Beziehung etwas dazwischen zu reden. Auch die weitere Frage der dauernden Verlegung der Kiao-Tschau-Bucht steht außerhalb der schiedsgerichtlichen Zuständigkeit, da fremde Rechte dadurch nicht berührt werden. Nur aus dringenden politischen Zwangsgründen erscheint in diesem Punkte eine Veränderung mit Rußland geboten. Demnach ist die Richtung, in der sich die deutsche Politik in Ostasien aus Anlaß des chinesischen Zwischenfalls zu bewegen hat, durch die deutschen Interessen so klar vorgezeichnet, daß die leitenden Kreise in Berlin nicht länger zögern sollten, der öffentlichen Meinung Verlautbarung darüber zu verschaffen, daß eine Abweichung von der durch die Verhältnisse gegebenen Grundlinie nicht beabsichtigt wird. Die bis zu einem gewissen Grade vorhandene Schwärzung der Situation, die in dem gleichzeitigen Konflikt mit Dait liegt und die bereits von der amerikanischen Regierung mit ebener Bestimmtheit zu einer halbamtlichen, im Uebrigen kaum eines Adjektivs würdigen Drohung gegen Deutschland ausgenutzt worden ist, darf keinesfalls den Anlaß geben, daß in Berlin keine Frage gestellt wird. Jede Stunde müssen mit Ehren ausgefochten werden, ohne Chauvinismus, aber gleichmäßig, wie es deutsche Art ist. Das Recht ist in beiden Fällen so klar und unbestreitbar auf deutscher Seite, daß die fremden einflussreichsten Stimmen schon von selbst verstummen werden, sobald Deutschland ernstlich zeigt, daß es durchaus nicht gewillt ist, sich ein Ä für ein A machen zu lassen. In der Kiao-Tschau-Angelegenheit insbesondere gehört zu den Forderungen, auf deren Erfüllung im nationalen, maritimen und handelspolitischen Interesse bestehen muß, auch die dauernde Verhinderung der Bucht, die als Stützpunkt unserer Flotte und unseres Handels in Ostasien nach dem Urtitel der Sachverständigen von hohem Werthe ist und uns endlich die Frucht ernten läßt, die wir uns mit unserer politischen Auswärtigkeit auf russisch-französischen Boden bei dem gleichzeitigen Ausbruch des russisch-japanischen Krieges erntlich verdient haben. Solle Verletzung wird daher im nationalen Deutschland die öffentliche Politik nur dann hervorstechen können, wenn sie sich auf dem Standpunkt beharrt, der am Vorabend der beginnenden Entscheidung über das Jettentrecht nicht klar genug markirt worden kann und der, daß sich wir sicher, trotz aller zur Zeit vorhandenen Zweifelmomente von leitender Stelle unverrückbar festgehalten werden wird: „In Kiao-Tschau sind wir und in Kiao-Tschau bleiben wir!“

eißenbahn nach Berlin sprach sich mit 11 gegen 7 Stimmen für die Ermäßigung des bestehenden Ausnahmestrichs für Blätterteile und gebundene Werke im preussischen Staatsbahndienst und im Wechselverkehr mit anderen deutschen Bahnen aus. Die in Berlin und den Vororten benutzten Blätterteile stammen meist aus Schweden und Norwegen. Der Beisitzer des Reichsrechnungsraths ist im Interesse der sächsischen und sächsischen Eisen-Industrie gefaßt. — Der Bezirksverein Berlin des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke beschloß die Errichtung einer Zentralkommission für Berlin und die Vororte. — Die Central-Kommission hat über ihre Stellung zur Marinevorlage beraten. Es herrscht starke Meinung, der Vorlage, weil sie eine Fiktion aus der finanziellen Seite nicht enthält, behaltend Widerstand entgegenzusetzen. Dem Wunsch, schon jetzt die Fiktion auf die Opposition festzulegen, wurde von den leitenden Stellen jedoch entgegengetreten und die Politik der freien Hand für die nächste Zeit empfohlen, wozu die Gefährdung der Sache der Mission in China beitrug. Hier kommt auch die Rückficht auf das Verhalten der Kurie in Betracht. Der Papst, so wurde angeführt, müsse mit seinen Sympathien auf der Seite der Mission stehen und habe auch kein Interesse, aus diesem Grunde einer Weltmacht politisch Deutschlands zur See abwehrend gegenüber zu stehen. Der Vöber wurde schließlich beantragt, am Montag Namens des Centrums in einer Weise zu sprechen, die seine Partei nach keiner Richtung hin bindet.

Der Wandel jeglichen Einweises auf die Art, wie wir uns zu Rußland in der Sache gestellt haben, bildet einen bedeutend schwachen Punkt bei der ganzen Aktion. Als die erste Wirkung über die Verlegung der Kiao-Tschau-Bucht auftrah, haben die „Camb. Nachr.“ gleich von vornherein ihrer Meinung halber Ausdrück, daß nach Lage der Umstände eine vorherige Verständigung mit Rußland anzunehmen sei. Unter dieser Voraussetzung sollten die „Camb. Nachr.“ dem deutschen Vorgehen ihren Beifall. Das ist selbstverständlich nicht so aufzufassen, als ob wir bei unierem schätzbaren Unternehmungen Rußland immer erst geborchen um seine Erlaubnis anzufragen hätten. Weil aber Rußland nun einmal die natürliche Vormacht in Ostasien ist und weil die deutschen und die russischen Interessen nirgends einen gegenständlichen Charakter tragen, vielmehr alle Verhältnisse beider Mächte auf gegenseitige Unterstützung und freundschaftliches Zusammengehen ankommen, so ist es einfach ein Gebot der politischen Vernunft, daß wir da nicht einseitig vorgehen, wo wir uns der Zustimmung Rußlands zu versichern in der Lage sind. In dem vorliegenden Falle konnte das um so weniger Schwierigkeit haben, als nach der allgemeinen Ansicht der Kenner von Land und Meeren in Ostasien die russische Interessensphäre nicht entfernt durch den deutschen Einmarsch der Kiao-Tschau-Bucht berührt wird.

Kernschreibe und Kernschreibe-Berichte vom 4. Dezember.

* Brau. Hier herrscht vollständige Ruhe, auch aus der Provinz wurden keine bemerkenswerten Zwischenfälle gemeldet. * Laun. Seitens vor Ministerium ist erwidert worden dem Geschäftslokale des jüdischen Einwohneres Romal eine mit Schicksalvergeßliche Rakete, ohne Schaden anzurichten. Drei Personen sind als Thäter festgenommen, einer der Verdächtigten ist geflüchtet. * Paris. Kammer. Gattelin behauptet den Ministerpräsidenten Mölne über die Dreynus-Angelegenheit und bittet ihn, die öffentliche Meinung und die Arme zu beruhigen. Mölne erklärt: In diesem Angelegenheit giebt es keine Dreynus-Angelegenheit, es kann auch keine geben. (Beifall beim Centrum.) Ein Offizier ist des Verwahrts angeklagt, die Vornahme der Untersuchung ist beendet und die Einleitung des Verfahrens angeordnet. Diese Entscheidung wird als rechtlich dem definitiven Urtheil nicht, da die Sache in den Händen des Militärgerichts liegt. Es kommt weder der Regierung noch der Kammer zu, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Bis zur Entscheidung haben alle Bürger die Autorität der Justiz zu achten. Diese Erklärungen werden hoffentlich der Volkstimme ein Ziel setzen, die schon zu lange geäußert. (Zurück links: „Ich glaube, man will aus dem Zwischenfälle eine politische Angelegenheit machen.“) Proteste der äußersten Linken. Beifall beim Centrum. Gattelin sagt: Ich nehme Akt von der Erklärung Mölne's, daß kein Zusammenstoß zwischen der Affaire Dreynus und der Affaire Gattelin besteht. Sembrat verlangt, die Anfrage in der Interpellation umzuwandeln. Mölne erklärt sich damit einverstanden, sagt aber, der vorigen Erklärung nicht abzuweichen, um die Arme zu beruhigen, deren General nicht anwesend ist, um die Sache zu verhandeln, deren General nicht anwesend ist, um die Sache zu verhandeln. (Beifall beim Centrum.) Die Sitzung schloß sich man angeht habe. (Abklingender Beifall.) Die Sitzung schloß sich bis zur Ankunft Villor's unterbrochen. Villor erhebt und erklärt unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses: Es giebt keine Dreynus-Angelegenheit, Dreynus ist zu Recht gerichtet und verurtheilt. (Beifall beim Centrum.) Dreynus ist schuldig. (Erneuter Beifall.) In der (Erhebung-) Angelegenheit ist das Verfahren eingeleitet. Die Sache liegt in den Händen der Justiz und niemand wird die Unparteilichkeit des Verfahrens bezweifeln. (Beifall.) Ich bedauere, den Verlesungen gegenüber massenlos zu sein, die den Generalstab beschuldigen, und bitte die Kammer, dazu beizutragen, daß der widerwärtigen Campaigne ein Ende gemacht wird. (Lebhafter Beifall.) Demun erklärt sich bereit. Die Diskussion wird hiermit geschlossen.

Berlin. Der Reichsanwalt nimmt, einer Einladung des Reiches folgend, an der heutigen Sitzung in Königsruherthaler Thel. — Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Freiherr v. Rothemann, ist zum Kaiser. Geandten bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestimmt. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Director der Kolonialabtheilung, Freiherr v. Richtofen, bis auf Weiteres unter Beibehaltung der Geschäfte der Kolonialabtheilung, ernannt. — Der bisherige General in Bern, Graf Tattenbach, ist an Stelle des in den einseitigen Ruhestand getretenen Generalen Koloban für den Posten eines Kaisers. Geandten am portugiesischen Hofe auszuweisen. — Zur Verlesung der Vandalenabtheilung des Kreuzregiments werden demnach 1 Bataillon Marine-Infanterie und 1 Compagnie Marine-Infanterie nach Ostasien abgehen. Das Bataillon Marine-Infanterie wird zu vier Kompagnien formirt und erhält eine Stärke von 23 Offizieren, 1000 Mann und 1200 Unteroffizieren und Mannschaften. Die Compagnie Marine-Infanterie wird 4 Offiziere und 100 Mann, 200 Unteroffiziere und Mannschaften stark sein. Dem Transport wird eine Anzahl Selbstgeschäts und Waggengeschwinge mitgegeben werden.

Das Ungelöst, das die offiziellen Beiden bis jetzt bei der Verhandlung der vorliegenden Frage entwickelt haben, ist um so abhängig, als dadurch gerade das erstmalige Vorgehen Deutschlands im größeren weltpolitischen Sinne bedingt wird. Bei der Neubildung der Entscheidung, mit der Deutschland jetzt auf den Weg tritt, hing für den gesamtpolitischen internationalen Eindruck viel davon ab, daß hinter der anerkanntemwerthen und tabulierten Präzision der militärischen Maßnahmen auch die diplomatische und offizielle Behandlung des Falles nicht zurückblieb. Nur so konnte eine in allen Ecken vollendete Thatsache geschaffen werden, an der die fremden rivalisierenden Mächte durchaus keinen Punkt gefunden hätten, um den Hebel ihres Widerstandes anzulegen. Wie sich die Dinge aber jetzt gestaltet haben, macht sich vornehmlich in England und Amerika — Frankreich hat inzwischen vielleicht auf einen Blick von Petersburg aus, wieder eingeleitet — die Retzung geltend, Deutschland zur See als eine Art von verächtlicher Waise zu betrachten, die eigentlich überhaupt kein selbständiges Recht habe, zur Ehre von Vergewaltigungen des Lebens und Eigentums ihrer Bürger die Kriegsklage zu entfalten und genau behalte zu thun, was alle leidenden großen und kleinen Mächte in jedem gegebenen Falle als ihre unbedingte völkerrechtliche Pflichtvollkommenheit in Anspruch nehmen.

Berlin. Im Reichsgesundheitsamt trat heute die ständige Kommission für die Bearbeitung des Arzneibuchs zu ersten Sitzung zusammen. Bezüglich der Sache eine Sachverständigenkommission, welche die Berechnung betreffend die Abgabe von wirtenden Arzneimitteln in den Apotheken zu beraten hatte. Der Bezirks-

Beitrag. Die Erhebung von weiteren Truppen nach Ostasien ist theils durch die öffentliche Meinung, theils durch die deutsche Reichspartei werden für die Vorlage in ihrer Gesamtschauung eintreten. Das Centrum wird zwar die Grundzüge des Entwurfs in erster Lesung beifällig, aber die Bemerkung an eine Kommission empfehlen, um der Vorlage die Nationalliberalen wurden konstitutionelle Bedenken gegen eine mehrjährige Fiktion der geforderten Mehrausgaben geltend gemacht, doch soll der Regierung soweit als möglich entgegengekommen werden. Die freisinnige Vereinigung wird sich erst am Montag äußern. Die freisinnige und die deutsche Volkspartei werden die Vorlage zurück, ebenso die Sozialdemokraten.

Berlin. Die Entscheidung von weiteren Truppen nach Ostasien ist theils durch die öffentliche Meinung, theils durch die deutschen Wähler gerecht werden wird, je stärker die Reichsentwicklung des Reiches ist. Als unzutreffend wird es bezeichnet, daß im inneren Süden von Kiao-Tschau die Geschwader der fremden europäischen Mächte eingetauscht seien, um die Maßnahmen und Bewegungen unserer Marineeinheiten zu beobachten.

Wien. Die ungarische Delegation genehmigte das Heeresbudget in dritter Lesung. — In der österreichischen Delegation tritt in der fortgesetzten Sitzung Kapan das Vorgehen des Militärs in Bezug und stimmt mit W. Kender dar, daß es ein Fehler gewesen sei, das österreichische Militär zur Unterdrückung der Unruhen in Ostasien zu verwenden. Er führt einzelne auf das Vorgehen des Militärs in Bezug bezügliche Fehler an und bittet den Minister um strengere Weisung und Belehrung an die in Ostasien garnisonierenden Truppen. Schließlich verlanget er, daß die Regimentsparole streng von der Kommandosprache getrennt werde und daß die Offiziere der Regimentsparole mächtig seien.

Wien. Das über Prag verhängte Standrecht soll am Montag wieder aufgehoben werden, wenn die Ruhe bis dahin anhalt.

Wien. Oesterreichische Delegation. Ein deutsch-politischer Abgeordneter führte aus, das Verhältnis der Arme zur Bevölkerung sei ein ausgezeichnetes gewesen. Der Dank gebühre der Kriegsverwaltung für das Verhalten der Arme während der elementaren Ereignisse in der letzten Zeit. Seine Partei könne jedoch für das Heeresbudget nicht stimmen, da das Verhältnis zwischen Leistung und Aufwand in Bezug auf die Verteilung der Kosten ein unzureichendes sei. Die öffentliche Meinung erklärte, aus demselben Grunde gegen das Heeresbudget stimmen zu wollen, sie wünschten eine Herabsetzung der öffentlichen Dienstleistungen während der Unruhen in Ostasien und erklärte, die Voten würden für die Arme stets Alles thun, was in ihren Kräften stehe. Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen.

Brau. Bei einer Hausung in der Brenntaube, in welcher aus einem Fenster geschossen worden war, wurden zwei Heeröverwehler beschuldigt. Drei der Tat Verdächtige wurden der Polizei vorgeführt. In der letzten Nacht wurden 67 Personen dem Strafgericht vorgeführt. 4 Personen, die sich widerständig benahmten, wurden durch Bajonettschüsse getödtet. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Bis heute Mittag lagen keine Meldungen von einem bedeutenden Zwischenfall vor. Die Zahl der Wohnungen und Geschäftslokale, in welchen die Feinde zerstreut worden sind, beträgt ca. 800, die Zahl der geflüchteten Geschäftslokale 44. Viele Geschäftslokale sind ganz zu Grunde gerichtet. Aus einzelnen Städten der Provinz werden Rundgebungen ohne erstere Ausbreitungen gemeldet. — In Königsberg wurden vorgestern von einer etwa aus 80 Personen, meist Lehrlingen, bestehenden Menge bei Brasilien und deutschen Firmen die Fenster eingeschlagen. Die anwachsende Menge wurde durch Militär zerstreut. Gestern erneuerten sich die Rundgebungen infolge der getrockneten Vorhitzungsregeln nicht. — In Ostasien wurden gestern von einer etwa aus 50 Personen bestehenden Menge einige deutsche Zementwerke verbrannt, bei mehreren Brasilien wurden die Fenster eingeschlagen. Militär wurde herbeigerufen, worauf die Menge sich ohne Widerstand zerstreute. — In Terschden rückte gestern Vormittag auf Requisition der politischen Behörde ein Bataillon Infanterie ein. Ansammlungen auf Straßen und Plätzen wurden verboten, auch wurde die Schließung der Gast- und Kaffeehäuser in Terschden und Bodenbach von 10 Uhr Abends an angeordnet. Abends fanden vor der Redaktion der „Terschden-Bodenbacher Zig.“ und einem Gasthause in Bodenbach Ansammlungen statt, die durch Gendarmen und Militär zerstreut wurden. Nach der Räumung der Gasthäuser begaben sich etwa 20 Personen in das Bahnhofsrestaurant zu Bodenbach, um gegen die Schließung der Rundgebungen zu verhandeln. Es wurden jedoch durch das Polizeicommissariat des Bezirkscommissariats zum Auseinandergehen bewegen. Die Nacht verlief ruhig; Patrouillen durchstreiften die Stadt.

Paris. Der Kriegsminister überlieferte der „Sovak-Agentur“ folgenden Brief, welchen General Bois-fre an ihn gerichtet hat: „Weßre gefürchte Abendblätter sind in der demnachstige Veröffentlichung einer Depesche an, die angeblich von mir an den Major Herday in London gerichtet worden ist. Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, die folgende Wirtung an die „Agence Havas“ zum

Triumph-Seife
für Toilette
und Haushalt